

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 482

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Nicht-Postabnehmer monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 5,00 für Fern- und Postabnehmer jährlich Mk. 20,00. — Druck- und Verlagsanstalt: Verlagsanstalt für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Postfach 1000. — Druck- und Verlagsanstalt: Verlagsanstalt für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Postfach 1000. — Druck- und Verlagsanstalt: Verlagsanstalt für die Provinz Sachsen, Halle a. S., Postfach 1000.

Neueste Tagesnachrichten

- * Eine Entscheidung über die Umbildung des Kabinetts ist noch immer nicht getroffen. Sie ist erst heute zu erwarten.
- * England steht im Zeichen des Wohlstands, der weitere Verbesserungen ergreift. Man erwartet ein Vorgehen der Regierung gegen die Eisenfabriken.
- * In Bayern hat der Landesvorstand der sozialistischen Partei seine Mitgliedschaft in der Regierung aufgegeben, die Mandate niederzulegen.
- * Die von den Polen verschleppten Oberstleutnant sind wieder ihrer Heimat angeführt worden.
- * Die Entente hat die protestantische Regierung in Litauen anerkannt.
- * Der Berliner Metallarbeiterstreik hat jetzt auch die Firma Vörlitz ergreifen, womit die größte Lokomotivfabrik Deutschlands stillgelegt ist.
- * Clemenceau hat über die Lage in Europa und Währungs eine Note an die deutsche Regierung gerichtet.
- * Die Flumetrie hat wieder einen neuen Höhepunkt erreicht. Das italienische Kabinett lehnte den Vorschlag Wilsons, Flume zum Vizepräsident zu machen, einstimmig ab.

Die Kabinettsneubildung

Nach dem Ergebnis.
Eigene Darstellung der „S.“
Berlin, 29. September.

Die Frage der Kabinettsneubildung ist unter dem Vorzeichen des Reichstags die Beratung des Kabinetts mit den Führern der Reichstagsparteien über die Umbildung der Regierung steht. Sowohl die politischen als auch die Personalfragen wurden eingehend erörtert. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt werden. Morgen werden auch die Fraktionen, denen die letzte Entscheidung zufällt und die bis heute sich noch nicht versammelt konnten, an der Frage Stellung nehmen.

Die Frage der künftigen Staatsform ist für das auswärtige Amt und das Reichsfinanzministerium schon vollständig erledigt worden. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß Graf Bernstorff das Staatssekretariat im auswärtigen Amt angeboten worden ist, und daß er die Übernahme des Amtes abgelehnt hat.

Es besteht der Plan, die Aufgaben des Wiederaufbaues und der Wiedergutmachung, die gegenwärtig vom Reichswirtschaftsministerium abhängen, einem Wiederaufbauminiisterium zu unterstellen, das von einem demokratischen Minister geleitet werden soll. Für den Vorschlag im Reichsrat wird voraussichtlich ein Minister ohne Parteifarbe gestellt werden.

Eine bairische Regierungskrise?

Die „Münchener Post“ meldet, daß in Bayern eine Regierungskrise eingetreten. Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei hat in einer gemeinsamen Sitzung in Würzburg eingehend die politischen Schwierigkeiten der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder und die Stellung der sozialdemokratischen Partei zur geltenden Regierung besprochen. Die Landeskonferenz hat den sozialdemokratischen Reichstagen im Ministerium ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Sie empfindet es als besondere Schwierigkeit der sozialdemokratischen Partei Bayerns, daß die Regierung, genannt Hoffmann, als eine sozialdemokratische gilt, während es klar ist, daß die Zusammenfassung von Regierung und Landtag eine rein sozialdemokratische Politik ausübt. Deshalb fordert die Landeskonferenz eine gründliche Umbildung des Ministeriums. Sie ermächtigt die Obersten Hoffmann, Segel und Enders, ihre Mandate in der Regierung niederzulegen, wenn die von der Landeskonferenz für notwendig erachtete Umbildung der Regierung nicht durchgeführt werden kann. Diese Entscheidung der sozialdemokratischen Partei bedeutet, wie die „Münchener Post“ bemerkt, eine Regierungskrise. Der am 1. Oktober zusammenzutretende Landtag werde keine erste Aufgabe darin sehen müssen, die Neubildung des Ministeriums einzuleiten.

Die Stimebegeisterung in Italien

Der Höhepunkt der Krise.
Rom, 28. September.

Die Anregung Wilsons, das Flume einen Vizepräsident zu machen, wurde der Kammer zur Zustimmung vorgelegt. Das Parlament lehnte den Vorschlag einstimmig ab. Auch die italienische Regierung hat den letzten Vorschlag Wilsons betreffend Flume abgelehnt, was jedoch bereits erklärt, weiter über die Wahlfrage zu verhandeln.

Damit ist die Flume-Angelegenheit in das alte Stadium getreten. Es wird jetzt entschieden, ob Wilson eintritt, oder ob es auf einen Bruch mit Italien ankommen lassen will. Wahrscheinlich wird das letztere nicht der Fall sein, denn England und Frankreich haben sich auf Seite Italiens gestellt.

„Agenzia Stefani“. In der gestrigen Sitzung der Kammer nahmen über 300 Abgeordnete an der Beratung teil. Die Abgeordneten befanden sich am Regierungstisch. Zu Beginn der Sitzung erlosch die Sitzung. Bei der Eröffnung der Sitzung erhoben sich alle Mitglieder und Abgeordneten und brachten ihm eine Handgebete dar. — Der Abgeordnete Ghisla brachte eine Tagesordnung ein, die folgenden Inhalt hat: Die Kammer ist überzeugt, daß die alliierten und assoziierten Mächte die harten Lebensnotwendigkeiten Italiens begreifen und den frei ausgesprochenen Wunsch Flumes günstig aufzufassen werden, mit dem Hintergrund der Eisenbahn und dem Hafen mit Italien vereinigt zu werden. Ghisla schloß die für Flume aus der Weigerung Wilsons, das Clemenceau und Lloyd George angenommene Uebereinkommen anzunehmen, entfallende Lage, Flume werde italienisch werden, oder seine Bewohner würden von den Schrecken der Stadt befreit werden. Der Abgeordnete von Flume, Ghisla, bemerkte, Flume beherre danach der italienischen Nation anzugehören. Ghisla erwiderte die Kammer, in Ruhe diese Frage zu besprechen, die die Volkseele auswähle. Die Sitzung wurde darauf vertagt.

Nach der gestrigen römischen Zusammenkunft kam es im „Café de Dogmo“ in Rom zu einer wahren Schlacht zwischen Sozialisten und Nationalisten. Die beiden Parteien schlugen unter dem Ruf „es lebe Lenin“ und „es lebe D'Annunzio“ aufeinander los, wobei die Einrichtungsgegenstände des bekannten Cafés zerstört wurden. Nur mit Mühe konnte die Polizei die Ordnung wiederherstellen.

In Zusammenhang mit der Weigerung D'Annunzios, dem Vorschlag des Admirals Gagliardi entsprechend, mit der Regierung zu verhandeln, wird berichtet, daß die D'Annunzio nachstehenden Kreise lieber mit einem neuen Kabinett verhandeln würden, oder gleichgültig behaupteten, nichts über Einzelheiten einer etwaigen Verhandlung zu wissen. Bezeichnend für die Stimmung in Flume ist die Tatsache, daß die Offiziere des Freiwilligenkorps bemerkt sind, den verschiedenen Verfügungen D'Annunzios jeden öffentlichen Charakter abzuspüren. Sie seien nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen und nur durch Indiskretion bekannt geworden, in beispiellosem die Proklamierung an die Besieger. Die für ihre Befreiung kämpfenden Italiener seien ganz Gegner des Kabinetts Ghisla und der gegenwärtigen Regierung, aber auch ebenso Gegner der Unordnung im Meer und im Lande.

Rückkehr der Oberschleifer

Nach Mitteilung der internationalen Mission hat die polnische Regierung die sofortige Rückführung der aus Oberschleifen verschleppten Deutschen verfügt. Von diesen Personen sind acht, darunter Bergarbeiter von Giesenthal, bereits an die deutsch-polnische Grenze geschickt worden und werden dort in Empfang genommen werden. Der Rest wird baldig folgen.

Eberts Reiseerfolge

Die isolierten Kriegserfahrungen.
Berlin, 29. September.

Das Wolffbüro erhält folgendes Telegramm aus Kiengrabow:
„Kommunisten und Monarchisten haben versucht, uns für ihre Freitreibungen einzunehmen. Demagogie erklären wir, 2500 im Lager Altagradon anwesende deutsche Kriegsgefangene, einstimmig: Durch neue Anstrengungen im Lande wird die Heimführung unserer in Frankreich gefangenen gehalten Kameraden gesichert, unter anderem in größerem Maße gesichert und die gefangenen Kameraden der Bergarbeiter und beim Verarbeiten zu betreiben. Was es selbst durchgemacht hat, weiß, welche Gefahren und welches Ende der Winter für die in der Gefangenschaft Schwandenden bedeutet. Wir erklären deshalb nochmals, voll bewusst der Verantwortung unserer Handlung: Wir wollen Ruhe im Lande, um unsere Kameraden aus der Gefangenschaft zu befreien. Wenn nötig, werden wir die Regierung mit allen Kräften unterstützen.“

Im Auftrage: B. Vange, Offiziersstellvertreter.
Das Kinnig steht nach „beheilter Arbeit!“ Herr Ebert hat neulich die Kriegsgefangenen mit parteipolitischen Nebenempfehlungen und damit den anderen Parteien den Mann abgelaufen. Als erster Mann im Staat vertrat er sich, die Heimkehrer für ein anderes Programm einzunehmen als das mehrheitlichsozialistische. Der aber Gelegenheits hatte, die Vertriebe der von Freireiten zu lesen, als sie noch hinter den Stadelsturzjahren Nordfrankreichs schmachteten, der weiß, daß ihre Stimmung nicht für Ebert und auch nicht für die Staatsform, die er verteidigt, günstig war. Und auch nicht für die Welt, die nun endlich von ihren Qualen befreit sind, deren Verlängerung sie dieser Regierung und vor allem Herrn Engelberger verdanken, sind anderer Meinung über die „Gemeinschaften der Revolution“, die sie nach ihrer Heimkehr zu Arbeitstagen gemacht hat. Die freudigen Tage des Wiederlebens, in denen sich die Gegenstände verdienen, werden auch wieder dem harten Alltag Platz machen, der seine harten Forderungen auch an jeden Einzelnen der 2500 im Lager Altagradow stellen wird. Auch sie werden kaum unternehmen und inne werden, daß Herr Ebert seine Worte, die er in anderen Tagen sprach und die sich wieder auf in Altagradow ihre Wirkung auf die abgewandten Kriegsgefangenen nicht verhehlen, ohne Schadenhaftigkeit tun.

„Erinnerungen“ von Alfred von Tirpitz

Berlin, 28. September.
„Erinnerungen“
von Alfred von Tirpitz
Herausgegeben von
Herrn Admiralitätsrat Dr. Schramm.

Die Schuld am Kriege und am schmachvollen Aufbruch unseres Vaterland ist von der freigegeben Entente uns zugeschoben worden, und wir haben durch Annahme der Friedensbedingungen uns einseitig auf diesem „Verbreiten“ befangen. Jedes findet das erzwungene Bekenntnis außer in einigen streiten Deutschland, wo die neue Regierung in der lauten Disfretionierung der alten eine Stütze oder die Reflektierung gewisser Tagesgedanken und Emporfindungen über die Verhältnisse ihres Väterlandstels sucht, wobei der Wille der Neutralen noch bei unrenn Gegnern reinen Glaubens.

Der Heftigkeit der Angriffe entspricht die Abwehr dergleichen, in deren Händen die politische und militärische Führung Deutschlands vor dem Kriege und während der Zeit ruhte. So verhielten die Darstellungen zu bewerten sein mögen und so parteiisch wie in der Abicht persönlicher Ehrenrettung auch erlaube ich, so läßt sich heute über die Katastrophe selbst kaum noch streiten. Auch ohne die peinlich zurückgehaltenen und sorgfältig verborgenen Geheimnisse unserer Flotte kann der Beweis als erbracht angesehen werden, daß der Krieg von Seiten unserer Gegner geleitet und als Raubkrieg besser vorbereitet war, denn als Verteidigungskrieg von uns.

Zu der Reihe der Schriften unserer Politiker, die sich über die Kriegsverläufe ausgelassen haben, ist jetzt die erste militärische Schritt getreten. Herrsches Buch läßt vor unseren Augen den feindlichen Bund zusammenwachsen, der in Ost und Westen auf unsere Größe jähren Lieberall plante. Für die Beurteilung einzelner feindlicher Handlungen gibt die Tageweisheit des Schrifts an Beispielen aus der amtlichen Vergangenheit des Verfassers wichtige Hinweise, während der frühere Reichskanzler Bethmann von einer Schilderung der Weltlage bei Beginn seiner Kancelarie auf sich über die Gegenstände zwischen Deutschland und den Mitgliedern der gegenwärtigen Koalition verbreitet. Jedes dieser Werke hat seine besonderen Vorzüge; der objektiven Wahrheit will jedoch in keiner Weise dienen; geht doch Bethmann Hölweg sogar so weit, daß er sich selbst der Unvollkommenheit an manchen Stellen bedarf.

Geht man unmittelbar nach diesen Selbstbekenntnissen zu dem Tirpitzschen Buche, so überkommt einen erschreckend das Gefühl, wie wenig unsere politischen Führer an staatsmännlichen Eigenschaften besaßen. Um Kompensierung übertrug der frühere Staatssekretär des Reichsmarineamtes seine Amtsgeschäfte an politische Feinde und auf andere Willenskräfte. Ein typisches Beispiel mochte, daß er und die von ihm geleitete Flotte, sowie der Geist, den er seiner Schöpfung einfließen verstanden hatte, während des Krieges nicht voll zum Tragen gelangten. Die geistliche Wiederherstellung alles und jedes, was Kriegsrat und Wagenmüt im großen zeigte, ging genau wie in den Friedensjahren des letzten Menschenalters während der schicksalshohen Stunden unseres Vaterlandes weiter. Persönliche Ränken, heimliche Feindschaften, eckelbarer Egoismus und Eitelkeit waren in keiner Weise beseitigt; auch ein geistliche Kriegführung bedingte. Hätte sich nicht haben ein schicksalshohes Schwanken von Kompromiß zu Kompromiß entgegen. Hätte Tirpitz nicht ein festes Ziel vor Augen gehabt, so wäre der Flottenbau ihm nicht gelungen, denn folgerichtig handeln vermag nur, was folgerichtig denkt.

Die Folgerichtigkeit der Flottengesetze über die Aero Stolz und Gervisi hinweg wird trotz einiger Ungenauigkeiten in dem ersten Teile des Tirpitzschen Buches überzeugend dargelegt. Aus dem Flottenbau erwuchs der Nachweis der Zusammenhänge zwischen Marine und auswärtiger Politik und der Gegerlichkeit Englands. Zwar bringen die Ausführungen über Admiral Fishers Flottengesetze, die Sendung Salomons, die Verführung Marichalls nach London als Vorkäufel feinerer neue Momente; aber sie werden zu einem klaren überflüssigen Bild zusammengekommen und gebildet.

Das höchste Interesse nehmen die letzten Kapitel des Buches über den Ausbruch und die Hauptfragen im Kriege, die Schicksalsflotte und die Untersee-Boote in Anspruch. Aus der anfänglichen wichtigen Schilderung wird hier eine schmeibende Anlage, die zur rückfichtlosen Beurteilung

*) Die „Erinnerungen“ des Großadmirals von Tirpitz sind jedoch im Verlage von R. G. Fischer in Leipzig erschienen.

...der berühmte Spottstich und Phylologe ...

Dom Eulen-Verlag

Die Korrespondenz der Deutschnationalen ...

1. Vor einigen Tagen ...

2. Der Herausgeber der Zeitschrift ...

3. In unserer letzten Mitteilung ...

Hierzu wird uns noch von Herrn Dr. ...

...die finanzielle Rettung des Verlags ...

Volkswirtschaft

Die Bestuerung des Grundverwerbs ...

Am 1. Oktober tritt das Gesetz vom 12. September 1919 in Kraft, das die neue Grundversteuerung einführt ...

1. Grundsteuer, 2. Grundbesitzsteuer ...

3. Die Abtragung der Rechte aus dem Versteher ...

- 1. die Übertragung der Rechte ...
2. die Abtragung der Rechte ...
3. die Grundsteuer ...
4. die Grundbesitzsteuer ...

...eine feierliche Rede ...

Aktienvereine

* Annenbacher Papierfabrik ...

Zur Transaktion A. G. ...

Die Bestimmung der ...

Industrie, Handel, Handwerk

Zur Lage des süddeutschen ...

Erhöhung der ...

Berliner Börsenberichte

Beaufschlagung der ...

Salomonen

Berlin, 20. September ...

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Deutsche Werte

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Ausland, Werte

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Eisenbahn-Aktien

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Schiffahrts-Akt.

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Banken

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Industrie-Aktien

Table with 4 columns: Name, Price, Change, etc.

Saalschloßbrauerei, Halle a. S.

Heute Abend 8 1/2 Uhr letzter Vortrag über experimentelle Psychologie (nebst Beispielen) von dem bekannten Psychologen Hansen-Krause.

Stadtverordnetenversammlung

Stadt-Vorsteher Hennig eröffnet die Sitzung und teilt mit, daß die Beschlüsse der unbeschlossenen Stadtratsstellen aus 12 Stellen zum Bezirksamt für den 1. Oktober 1919, die verschiedenen Eingänge, die dem Magistrat bzw. den unabhängigen Ausschüssen übergeben wurden, die die Ordnung eingereicht und die erforderliche Erlaubnis für die Baudeputation vorgekommen, in welche die Herren Rößiger, Jahn und Hiertmann neu gewählt werden. — Der Antrag der deutschen Bauarbeiter-Fraktion, den § 4 Abs. 1 der Geschäftsordnung dahin zu ergänzen, daß dem Stadtratsvorstande über die Verfassung der Stadtverordnetenversammlung nach außen obliegt, wird auf Vortrag des Vorstehers bis zur Beratung des Punktes 4 der Tagesordnung zurückgestellt. Ein weiterer Antrag, die Bestellung des Protokollführers mit § 8 der Geschäftsordnung und § 5 der jetzigen Geschäftsordnung in Einklang zu bringen, soll erst nach endgültiger Regelung der Geschäftsordnung beraten werden. Ein vorliegender Antrag auf Neubearbeitung der Geschäftsordnung wird auf Vortrag des Stadtverordneten Heil (Dem.) zurückgestellt, bis die geplante Forderung des Kommunalrates durchgesetzt wird. Ein Antrag des Stadtverordneten Seitz (Soz.) auf Neubearbeitung der Geschäftsordnung wird aus diesem Grunde abgelehnt. — Der Halle'sche Bauverein beabsichtigt, seine Heimvolkshausanlage an der Barbarastrasse auf den gegenwärtigen Grundstücken der Barbarastrasse und den benachbarten Grundstücken VI und IX bis zur vollständigen Errichtung des Hauses auszubauen und zu diesem Zwecke das erforderliche Land, das der Stadtgemeinde gehört, zu erwerben. Zunächst sollen 4 Gebäude mit 24 Wohnungen errichtet werden. Der dadurch notwendig werdenden Veränderung der Bau- und Straßenfluchtlinie wird zugestimmt.

Mittelbewilligung für die Einwohnerwehr

Der Antrag der Tagesordnung „Errichtung von Wohnkassen“ zum Bauausweis noch nicht genügend vorbereitet ist, wird auf Antrag des Stadtverordneten Albrecht (Unabh.) über die Mittelbewilligung für die Einwohnerwehr verhandelt. Durch Regierungsverordnung ist den örtlichen Kreis- und Gemeindebehörden die Bildung und Unterhaltung von Einwohnerwehren übertragen worden. Der Magistrat hat daher beschlossen, 50.000 M. für allgemeine Kosten der Einwohnerwehr für die Zeit bis Ende März 1920 aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu entnehmen. Dieser Antrag ist auch vom Dispositionsfonds mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Stadt-Vorsteher Hennig teilt mit, daß der Magistrat mit dem Antrag auf Bewilligung der Mittel für die Einwohnerwehr für die Zeit bis Ende März 1920 aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu entnehmen, dieser Antrag ist auch vom Dispositionsfonds mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Stadt-Vorsteher Hennig teilt mit, daß der Magistrat mit dem Antrag auf Bewilligung der Mittel für die Einwohnerwehr für die Zeit bis Ende März 1920 aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu entnehmen, dieser Antrag ist auch vom Dispositionsfonds mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen worden. Stadt-Vorsteher Hennig teilt mit, daß der Magistrat mit dem Antrag auf Bewilligung der Mittel für die Einwohnerwehr für die Zeit bis Ende März 1920 aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds zu entnehmen, dieser Antrag ist auch vom Dispositionsfonds mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen worden.

nicht verlangen, sie sind ein Beispiel dafür, wie man mehrheitsfähigste Politik nicht machen soll.

Stadtv. Herzfeld (Dem.): Wir betrachten die Einwohnerwehr als eine Einrichtung zum Schutz der Halle'schen Einwohner. Nach unserer Meinung ist das Bedürfnis dazu noch vorhanden. Wenn die Einwohnerwehr wirklich gegenrevolutionäre Einrichtungen unterhalte, so würden wir als Demokraten diese Einrichtung ablehnen. Die Einwohnerwehr soll im Gegensatz zum Militär nur innerhalb der Stadt Halle vermauert werden.

Stadtv. Müller (Wehrg.) stellt den Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung möge beschließen, eine Kommission einzusetzen, welche mit den dazu berufenen Stellen nachprüfen hat, ob durch die augenblicklich vorhandenen Institutionen, wie Polizei usw., für alle in Frage kommenden Fälle eine genügende Sicherheit zum Schutze der Sicherheit des Lebens und des Eigentums gegeben ist.“ — Nehmer führt dazu aus: Wir legen uns für die Verfassung des Bürgerturns ab. Das aber gegenrevolutionäre Strömungen vorhanden sind, kann nicht geleugnet werden. Es ist auch nach, daß die Einwohnerwehr zum geringen Teile aus Arbeitern besteht. Wenn nun die Deutschen, und zwar vor allem durch ihr Organ, die „Halle'sche Zeitung“, Einfluß auf die Bildung der Einwohnerwehr gewinnen wollen, dann müssen wir dagegen aufpassen. Sie haben uns in den Krieg geführt und in den Ruin geführt. Sie haben nach der Revolution unterlassen, was not tat: sich unterzuordnen. Wenn sie ihren Einfluß auf die Einwohnerwehr geltend machen wollen, so wäre dies Landesverrat; aus diesem Grunde können wir auch dem Antrage des Magistrats nicht zustimmen. Mein Antrag gibt allerdings Gelegenheit, die Notwendigkeit der Einwohnerwehr nochmals zu prüfen. Nehmer wendet sich dann gegen die Unabhängigen: Entlassen ist die Einwohnerwehr keineswegs in den Wägen. Der Generalstreik war hier und was das Volk so aufweist wie Sie und das Volkstaktik und es ist seinen schließlichen Einfluß geradezu zu Gewalttätigkeiten ermuntert, der ist mitschuldig an den Unruhen und mitschuldig an den Ausschreitungen. Ich habe selbst ausgeführt, wie die Regierungsbehörden hier eingegriffen, was auch mit eigenen Augen beobachtet, wie sie heraufgefordert und angepinelt worden sind. Und ich möchte behaupten: daß Sie (zu den Unabhängigen) auch mitschuldig an den Unruhen sind. Es war für mich eine Enttäuschung, daß sich damals Bürger zur Wahrung der Ordnung zur Verfügung stellen und die Einwohnerwehr gegründet wurde. Die Frage zu prüfen, ob sie heute noch notwendig ist, dazu soll mein Antrag die Möglichkeit geben. Solange Sie (zu den Unabhängigen) Ihre Gehärdete fortsetzen, wird nicht Ruhe im Lande sein. Ich erinnere nur daran, daß in einer der letzten Metallarbeiter-Versammlungen einer Ihrer Parteiführer gesagt hat, daß es schade sei, daß nach Rostke, Geert und Seidenmann nicht länger an den Raternempfahlgelagert habe. Wer solche aufreizenden Reden führt, der ist mitschuldig an den Gewalttätigkeiten. Wenn Sie den Antrag ablehnen, dann fördern Sie eben die Gewalttätigkeiten. (Nehmer wird mehrfach, u. a. durch Junge wie: begabter Kenner! Spittel von Unabhängigen Seite unterbrochen.) — Stadtv. Wundt (Christl.) beantragt, den Antrag abzulehnen. Die Versammlung stimmt dem zu. — Stadtv. W. d. (Unabh.) erhält das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Er stellt fest, daß er nicht gelacht habe, er habe die Einwohnerwehr als ein Bedürfnis empfunden oder bezeichnet, sondern er habe nur bemerkt: „In gewissen Kreisen werde sie als Bedürfnis empfunden usw.“ Ich hätte gewünscht, daß Herr Müller seinen persönlichen Anmerkungen gegen mich reale Grundlagen gegeben hätte. Ich habe selten eine kleine Rede hören gelernt, die so viel Taktlosigkeit in sich vereinigt. Und Herr Müller stellt den Gipfel der Arroganz dar. — Die Bemerkungen des Redners werden von den Vorstehenden zurückgewiesen. Der Vorsteher erteilt ihm einen Ordnungsruf, Stadtv. Wundt: „Ich nehme ihn mit Dank an.“

In der Abstimmung wird der Antrag Müller abgelehnt, die Magistratsvorlage, die 50.000 M. für allgemeine Kosten der Einwohnerwehr und die Mittel zur Einrichtung einer Selbstverteidigung für die Mitglieder der Wehr fordert, mit 38 gegen 31 Stimmen angenommen. (Vorlesung folgt.)

Präsidenten, wo sie am 1. August 1914 tätig waren, wieder eingeleitet werden müssen; 2. die Hindenburg, die vornehmlich werden sollen, erst jüngere, ältere nicht verheiratete, verheiratete alle, verheiratete mit 1 und 2 Kindern usw. freizeig; 3. den Prozenten als Kräftebedingten von 1 Prozent auf 5 Prozent in den Verträgen zu erhöhen.

Stadtv. Herzfeld (Dem.): Ich habe mich über die am 23. September in der Wismarschule stattgefundenen Vollversammlung, einberufen von der Ortsvereinigung Magdeburg, Ort Janga und den Berufsorganisationen. In dieser Versammlung wurden alle Punkte durchgegangen. Auch wurde hier den Vereinen der Stadt und der Parteien dahin ausgedrückt, daß sie durch einheitliche Zusammenarbeiten unter Ausschaltung der Parteipolitik für das Wohl und Beste der Bürgerschaften gearbeitet haben. Es ist ein Witzwort, welche die Anfrage, ob es möglich ist, daß Kapitalisten, welche früher Betriebsarbeit hatten, nach Kriegsende werden dürfen. — Antwort: Nach Verfügung vom 26. Juni 1919 dürfen nur fähige Kapitalisten in die Firmen kommen, auch hat der Angestelltenausschuß das Recht, die nötigen Schritte einzuleiten, damit die Firmen entlassen werden.

Stadtv. Wundt: Wirtschaftliche. Im Abschlusse der Herren Wundt (Soz.) und Ruppert (Soz.) erklärt Bauermeister Magdeburg, die den Staatsbeamten gegebene Beihilfe sollte ebenfalls den Bürgerschaften zu. Es wurde deshalb am 26. September eine Kommission nach Berlin geschickt, um mit Finanz- und Kriegsministerium in Verbindung zu treten, um für die Bürgerschaften die Wirtschaftliche Beihilfe zu erhalten. Hierfür wurde folgende Summe aufgestellt: 1000 M. für Verheiratete, 800 M. für Unverheiratete. Das Finanzministerium führte aus, daß es nicht möglich sei, „Wirtschaftliche Beihilfe“ in einem Ausmaß zu leisten, wie es im Jahre 1919 der Fall war. Es wurde deshalb am 1. Januar 1919 rückwärts, sondern vorwärts der Vorgang gemacht, eine Summe auszusuchen, und zwar 900 M. für Verheiratete, 800 M. für Unverheiratete, für jedes Kind bis zu 10 Jahren 200 M. Als Entschädigung für den Gewerbesteuer-Verlust im Jahre 1919 wurde die Summe von 100 M. für die Aufträge, wenn die Summe angenommen wurde, durch den Minister gegeben. Die Summen sollen in zwei Raten entrichtet werden, das Finanzministerium wird die Mittel zum Verfügung hat.

Stadtv. Herzfeld (Dem.) sagt bekannt, daß der 1. Schriftführer nicht mehr Mitglied eines Angestelltenausschusses ist und gemäß der Statuten sein Amt niederlegen hat. Herr Herzfeld schlägt vor, den Posten des Schriftführers Kollegen Dr. Brämer zu geben, was einstimmig beschlossen wurde. Die Sitzung wurde nach dem Beschlusse der Tagesordnung am 26. September um 6 Uhr aufhört, die Mitglieder des Delegiertenausschusses auf der Feiern stattfinden strömten hinstreitend.

Kollege Ruppert eröffnet am 28. September nachmittags gegen 10 Uhr den weiteren Verlauf und begrüßt im besonderen die Herren Wundt (Soz.), Ruppert, Geert und Seidenmann. Der hiesige Bauarbeiter-Verein sprach in einer längeren Rede über den Abbausaufschub. Ebenso sprach Herr Wundt über den Abbausaufschub. Der hiesige Bauarbeiter-Verein sprach in einer längeren Rede über den Abbausaufschub. Der hiesige Bauarbeiter-Verein sprach in einer längeren Rede über den Abbausaufschub.

Nach einer Mittagspause von 3-4 Uhr wird die Tagung fortgesetzt und zu der Einleitung des Angestelltenausschusses der Herren Wundt (Soz.) und Ruppert für eine Zusammenkunft am 15. Oktober in Berlin eingeladen. Die Zusammenkunft wird am 15. Oktober in Berlin stattfinden. Die Zusammenkunft wird am 15. Oktober in Berlin stattfinden.

Stadtv. Herzfeld (Dem.) sagt bekannt, daß der 1. Schriftführer nicht mehr Mitglied eines Angestelltenausschusses ist und gemäß der Statuten sein Amt niederlegen hat. Herr Herzfeld schlägt vor, den Posten des Schriftführers Kollegen Dr. Brämer zu geben, was einstimmig beschlossen wurde. Die Sitzung wurde nach dem Beschlusse der Tagesordnung am 26. September um 6 Uhr aufhört, die Mitglieder des Delegiertenausschusses auf der Feiern stattfinden strömten hinstreitend.

Halle und Umgebung

Centralvereinigung der Angefallenen aus Halle, am 30. September. Delegiertentag der Saaga in Halle. Zentralvereinigung der Angefallenen aus Halle, am 30. September. Delegiertentag der Saaga in Halle. Zentralvereinigung der Angefallenen aus Halle, am 30. September. Delegiertentag der Saaga in Halle.

Stadtv. Herzfeld (Dem.) sagt bekannt, daß der 1. Schriftführer nicht mehr Mitglied eines Angestelltenausschusses ist und gemäß der Statuten sein Amt niederlegen hat. Herr Herzfeld schlägt vor, den Posten des Schriftführers Kollegen Dr. Brämer zu geben, was einstimmig beschlossen wurde. Die Sitzung wurde nach dem Beschlusse der Tagesordnung am 26. September um 6 Uhr aufhört, die Mitglieder des Delegiertenausschusses auf der Feiern stattfinden strömten hinstreitend.

Aus den „Erinnerungen“ des Großadmirals von Tirpitz

Ausbruch des Krieges

Am 27. Juli, als ich in Berlin eintraf, bestand, so wie ich die Lage jetzt überblicke, wohl noch eine knappe Woche, bis die Friedensschiff an den Klippen vorbeizubringen und klarzulegen. Damals machte ich mir, ebenso wie der Kaiser, der gegen des Kaisers Wunsch aus eigenem Entschluß beigefügt war, und die Ministerfolgen die jetzt in Berlin zusammenströmten, ein seltsames Bild von der Lage. Der Schlüssel zu ihrem Verständnis war in der Mittelmeerfrage verloren gegangen. Ich erfuhr von den russischen Mitteilungen und glaubte nun auch, die tatsächliche zufällige, seit Monaten angeordnete Mobilmachung der englischen Flotte als eine drohende Maßregel aufzufassen zu müssen. Lieber Bethmanns Handlung an in dieser Phase noch den Frieden zu retten, standen wie so manchmal die Worte geschrieben: Zu spät und zu spät.

Am 28. Juli früh besuchte mich der Chef des Marinebureau's B. Müller und sprach sich entsetzt über seine jüngsten Erfahrungen mit Bethmann aus. Er hielt einen Kamerawechsel und einen Ersatz Sagows durch Hinte für unmöglich. Die wirkliche Lage überdauerte im übrigen auch Müller nicht.

Der Kaiser entsetzte, sobald er in Berlin eingetroffen war, eine siebenköpfige Kommission, um den Frieden zu erhalten. Der Kaiser hatte es nicht verstanden, den Kaiser wirklich auf dem Boudoir zu erhalten. Es fiel dem Kaiser schwer, einen klaren Ausgangspunkt für eine wirkliche diplomatische Aktion zu finden. Er sagte: Er wüßte gar nicht, was die Deterrenzier wollten. Die Serben hätten doch alles bis auf einige Bagatellen zugestanden. Seit dem 6. Juli hätten die Deterrenzier nichts darüber gesagt, was sie vorhaben.

Diese Aeußerung fiel am 29. Juli dem Potsdamer Neuen Kolben, welcher der Kaiser, die militärischen Chefs geladen hatte, um sie über seine Verhandlungen mit dem Kaiser zu unterrichten, der wußte in die Knie gesunken war. Von den Streiteln, die Bethmann über seine Politik der ersten Julimonaten aufgetrieben sein mußten, ahnten wir alle damals nichts. Wir sahen nur mit Schrecken, was sich vor unseren Augen abspielte, einschließend des Kaisers, der sich über Bethmanns Ungenauigkeit, wie schon früher des öfteren, „Khallos ausbrach“, aber die Meinung äußerte, er könnte sich von diesem Manne jetzt nicht trennen, da er das Vertrauen Europas genieße. Der Kaiser teilte mit, der Reichskanzler hätte vorgeschlagen, wir sollten, um England neutral zu erhalten, die deutsche Flotte durch ein Abkommen mit England opfern, — was er, der Kaiser, abgelehnt hätte. Der Kaiser mußte sich wohl überlegen nach seiner Rücksicht aus Potsdam am Abend des 29., wo er den britischen Botschafter zu sich bestellte, daß England in diesen Falle einen deutschen Sieg über das Frankreich genötigt werden würde. Die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Kaiser, die sich am 29. Juli begannen, waren von Anfang an einseitig. Der Kaiser hatte zwei unglückliche Ideen: die Deterrenzier müssen in Serbien einmarschieren, und die deutsche Flotte steht der vollen See Englands im Wege. Für den Fall, daß keine Vertragspolitik den Feinden die Gelegenheit zum Krieg abgeben sollte, war er nun jedenfalls gedekt: die deutsche Flotte war an an sich nicht. Die Flottenpolitik des Kaisers vom 29. Juli, wie diejenige vom 1911/12, wirkte über die Jahre hinweg in den Krieg hinein; denn die von dem Kaiser gewünschte und durchgeführte Art unserer Kriegsführung zur See bedeutete im Grunde nichts als die langsame Zerstörung von Deutschlands Flotte und Zukunft, deren augenblickliche Eingabe am 29. dem Kaiser verlag worden war.

In jenem Tag traf aus England Prinz Heinrich in Potsdam ein mit der Meldung von Georg V., daß England in einem Krieg nicht bleiben würde. Ich bemerkte dies, worauf der Kaiser erwiderte: „Ich habe das Wort eines Königs, das genügt mir.“

Der Wirrwar, der Europa befiel und keinem mehr den Überdacht über das Ganze ließ, begann sich am 30. Juli günstig zu klären. England stimmte einem auch in Wien angenommenen Vermittlungsversuch des deutschen Kaisers zu. Brüssel und London war eine völlige materielle Einkinnung erzielt. Dies erfuhr ich am 31. Juli mittels durch ein Schreiben des Kaisers, das mich auf einem hier.

Echon in den Morgenstunden des 31. Juli hatte ich aber aus dem Admiralstab erfahren, daß im Auswärtigen Amt der Krieg für unermesslich angesehen würde und daß Sagow angesetzt hätte, ob wir bereit wären, die englische Flotte anzugreifen.

Der Widerspruch klärte sich mir auf, als ich wieder nach und ein Uhr mittags die Nachricht von der russischen Mobilmachung erhielt.

Um halb ein Uhr hatte mich der Kaiser rufen lassen, bei welchem im übrigen der kaiserliche Befehl für „drohende Kriegsgefahr“ vorlag. Ich machte Bethmann auf die beiden uns und London erzielte Einkinnung aufmerksam und las ihm das Schreiben des Kaisers vor, das er noch nicht las. Der Kaiser meinte, der Kaiser müsse darin mehrere durcheinander. Die russische Mobilmachung wäre ein so unerhörtes Verbrechen gegen uns, daß wir uns das nicht gefallen lassen könnten; wenn Rußland fortführe, müßten auch wir mobilmachen, und um unsere Mobilmachung nicht zu sehr in Rückstand geraten zu lassen, hätte ein Ultimatum an den Kaiser abgelehnt werden müssen. Das war auch meine Auffassung. Die Wut schuld der für die russische Mobilmachung Verantwortlichen wird auch durch kein Unverständnis unserer Regierung gemildert. Trotz der in letzter Stunde gewonnenen uns und England herbeigeführten Einkinnung war durch die russische Mobilmachung der Krieg unabwendbar geworden, wenn nicht ein Wunder geschah. Rängers Bogen unterließ ich nicht zu bemerken, daß die Feinde auszufallen und wäre nicht zu beantworten gewesen. In Wirklichkeit machten die Russen ja schon seit dem 25. mobil, und vieler Vorprüfung hat uns schwer geschadet, als die Kriegsmaschinen einmal rollten. Jedoch gab ich dem Kaiser zu verstehen, daß es mir richtig erschiene, in dem Ultimatum noch einmal hervorzuheben, daß schärfste Einkinnung bestünde und eine günstige Vermittlung im Gange wäre. Der Kaiser erwiderte mir ziemlich außer Fassung, das wäre ja dauernd festgelegt worden und darauf hätte eben Rußland mit der Mobilmachung geantwortet.

Es ist mir später manchmal durch den Kopf gegangen, ob der Kaiser nicht hätte rechtzeitig jemand nach Petersburg schicken sollen. Der hierfür geeignetste Mann, Ginge, ich allerdings in Mexiko. Ich wüßte aber bestimmt, daß der Zar Verständnis für den Gesichtspunkt hätte, daß Deutschland und Rußland der gegenseitigen Befriedigung nichts gewinnen könnten, sondern höchstens ein Drittel. Zur Entschädigung einer Verletzung war es am 31. Juli natürlich zu spät. Auch was es sein, daß man mir vorhalten wird, ich überblicke die Macht des Zaren und unterschätze den Panlismus. Ich kann hier nur feststellen, daß ich, mehr meinem Gefühl als meinem Verstand folgend, noch am 31. Juli dem Kaiser zu jener Einkinnung eines friedlichen Abkoms in das Ultimatum geraten habe. Ich höhe dabei kaum mehr das Rad des Schicksals gewandelt, welches die russische Mobilmachung in Gang gesetzt hatte, jedoch für jeden Fall die Verantwortung für alles Kommende dadurch noch ausschließlich auf die Feinde abzuwälzen.

Am 1. August erfuhr ich in der Bundesratsitzung, daß wir dem Ultimatum eine Kriegserklärung an Rußland nachgedacht hätten. Ich fand das für Deutschland sehr unangenehm. Wir mußten meinem Gefühl nach den Vorteil, daß wir gegen Rußland militärisch in der Defensive lagen, diplomatisch dadurch ausheben, daß wir die Kriegserklärung den Russen überließen. Wir durften den Wunsch nicht durch die Überzeugung begünstigen, daß der Kaiser den weißen Zaren überfallen wollte. Auch die Entwertung unseres Bündnisvertrages mit Rumänien fiel ins Gewicht. Dieser Vertrag war, ebenso wie der mit Italien, vom kaiserlichen Staatsrat durch unsere Kriegserklärung an Frankreich. Gatte Bethmann wirklich die ungeheuerlichen Nachteile nicht bedacht, welche uns erwachsen, wenn wir den Akt der Kriegserklärung nicht den Feinden überließen?

Ich hatte den Eindruck, daß auch nach dieser Richtung unsere Aktion völlig unüberlegt und ohne jede Regie verließ. Das mußte mich sehr bedauern, daß wir, die wir doch in Wahrheit die Angelegenheit waren, von der Welt wegen der Juristen des Auswärtigen Amtes das Odium des Angreifers übernehmen sollten, obwohl wir gar nicht beabsichtigt konnten, in Rußland einmarschieren. Ich fragte also den Kaiser beim Verlassen der Sitzung, weshalb denn die Kriegserklärung mit unserer Mobilmachung zusammenfallen müßte?

Der Kaiser erwiderte, das sei nötig, weil die Armeeglieder Gruppe über die Grenze ziehen würden. Die Antwort betraf mich, da es sich doch höchstens um Bataillone handeln konnte. Bethmann war aber in diesen ganzen Tagen so argenteert und überreizt, daß nicht mit ihm zu sprechen war. Ich höre ihn noch, wie er mit erhobenem Arme wiederholt die unbedingte Notwendigkeit der Kriegserklärung betonte und damit jede weitere Erörterung abnahm.

Wolke, noch vor mir gefragt, wie es sich mit der Grenzüberbrechung als Grund unserer Kriegserklärung verhalte, betonte, daß die letzten Schritte, deren Gruppen über die Grenze zu ziehen. Er sagte mir auch, daß er auf die Kriegserklärung von jenem Standpunkt aus seinen Wert legte.

Das Mädel, weshalb wir zuerst den Krieg erklärten, bleibt also für mich ungeklärt. Vermutlich taten wir es aus formaljuristischer Gewissenhaftigkeit. Die Russen fingen den Krieg ohne Erklärung an, aber wir glaubten uns nicht ohne eine solche wehren zu dürfen. Außerhalb des Bewußtseins hat man für solche Gedankengänge kein Verständnis gehabt.

Nachmittags zur kaiserlichen Unterzeichnung des Mobilmachungsbefehls ins Schloß gerufen, kam ich infolge einer Veretzstörung verspätet an, als die Ordres schon unterzeichnet waren. Ich hörte aber, daß ein russisches Akzept unserer Kriegserklärung noch nicht vorläge und machte deshalb zum letzten Male einen Versuch, in dem Gedanken, daß es, bis die Russen unsere Kriegserklärung entgegengenommen hätten, immer noch Zeit wäre, ihre abmildernde Dedege nachzusetzen. Ich formte mich nicht losmachend von dem Tische, mindestens das Odium der Kriegserklärung von uns abzuwälzen, auch wenn wirklich der letzte Funke einer Friedensmöglichkeit erlosch sein sollte. Ich fragte also, ob ohne Akzept der russischen Regierung die Feindeligkeiten untererleidet eröffnet werden sollten, die doch angeblich unseres Aufmarsches im Westen nur in Rauch und Scheinmanöver bestehen könnten. Do unsere Bataillone nach Wolkes Angabe erst in einigen Tagen die russische Grenze überschreiten sollten, so brauchten wir doch nicht als 19. August zu dauern.

Die von mir angelegte Frage wurde überhört durch eine in diesem Augenblick einlaufende Depesche Bismarcks, die uns den Anstoß zu einem letzten Friedensschritt gab. Ich habe hierbei Bethmann lebhaft unterlirft, wie auch später auf seine Frage, ob wir den Engländern vorschreiben könnten, die französische Flotte nicht anzugreifen, befehlend geantwortet und ihm empfohlen, das Anerbieten auch in seine Redefasern aufzunehmen. Dieser Friedensschritt war zum Glück sehr kurz. Bismarck's ein Mißverständnis unterlaufen war, daß hat er wenigstens noch einmal bestritten, daß Deutschland den Krieg nicht müßte.

In der Nacht vom 1. zum 2. August wiederholte sich beim Reichskanzler der Diktum über unsere Kriegserklärung, diesmal hinsichtlich Frankreichs. Der Kaiser meinte, wir müßten Frankreich sofort den Krieg erklären, weil wir durch die Folgen der maritimen Kriegserklärung nicht mehr ein, ich hätte schon gut verstanden, weshalb man die Kriegserklärung an Rußland mit der

Mobilmachung verknüpfte hätte; ich könnte auch keinen Rußer darin sehen, die Kriegserklärung gegen Frankreich früher loszulassen, als bis wir in Frankreich selbst einmarschieren. Ich verlies auf Berichte des Botschafters in London, nach denen der Durchmarsch durch Belgien den Krieg mit England unmittelbar zur Folge haben müßte, und rierte an die Frage, ob die Arme eine Möglichkeit bestünde, den Durchmarsch durch Belgien aufzuhalten. Wolke erklärte, daß es keinen anderen Weg gäbe. Ich erhielt den Eindruck, daß es ausgeschlossen war, in den Mechanismus der Transporte einzugreifen. Ich erklärte, dann müßte untererleitet mit dem fortgeführten Krieg gegen England gerechnet werden. Jeder Tag wäre ein Gewinn für die Mobilmachung der Marine. Deshalb müßte die Mitteilung an Belgien so spät wie möglich erfolgen. Man sagte mir zu, bis zum zweiten Mobilmachungsakt zu warten, was aber nicht festgelegt worden ist. Doch Bethmann wollte schon am 29. Juli dem britischen Botschafter, damit den gesamten Ententemächten und Belgien selbst, die Möglichkeit kriegerischer Operationen in Belgien eröffnet habe, wir mir damals unbekannt. Es war dies in der Zee gegeben, gerade mit England ein Vertrauensverhältnis sogar über den Bestlandfrieden hinweg zu bekommen.

Der Eindruck von der Kopslosigkeit unserer politischen Stellung wurde immer bewahrt. Der Durchmarsch durch Belgien schien ihr vorher nicht eine feststehende Zeitdauer gewesen zu sein. Seit der russischen Mobilmachung machte der Kaiser den Eindruck eines Entzweifelnden.

Während sich die Juristen des Auswärtigen Amtes in die Deterrenzier vertiefen, ob wir nun schon mit Rußland im Krieg stünden oder noch nicht, stellte sich nebenbei heraus, daß man vergessen hatte, Deterrenzier zu sagen, ob es mit uns gegen Rußland kämpfen wollte. Das sollte mich nachdenklich machen. Gatte Bethmann keine Armeeglieder, wenn unsere Kriegserklärung gegen Rußland bekommen. Wenn Serbusen brachten die Militärs mit mir entsetzt über den Zustand der politischen Zeitung. Nicht weniger bestimmte mir auch aber der Eindruck, daß der Generalstab die Bedeutung eines Krieges gegen England nicht richtig einschätzte und darüber rückwärtslos zugunsten des Krieges gegen Frankreich hinwegging, weil er anscheinend nur auf einen kurzen Krieg eingestimmt war. Die Entscheidungen der Stunde wurden in nichts geleistet durch vorerwähnte politisch-strategische Mobilmachungspläne für den Gesamtkrieg.

Der Kaiser war, als er das Scheitern seiner Friedensbemühungen erkannte, ins Innere getroffen. Ein alter Vertrauter, der mit ihm in den ersten Augusttagen zusammenkam, äußerte, er hätte nie ein so tragisches und gerichtetes Gesicht gesehen, wie das des Kaisers in diesen Tagen.

Zusätze zum Friedensvertrage

Der Friedensausstaus der französischen Kammer hat, wie eingeleitet wurde, einen Beschluß angenommen, der die Einleitung des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung als Bedingung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ansetzt. Die deutsche Regierung hat, wie eingeleitet wurde, eine entsprechende Erklärung abgegeben, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung als Bedingung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ansetzt. Die deutsche Regierung hat, wie eingeleitet wurde, eine entsprechende Erklärung abgegeben, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages als Bedingung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ansetzt.

Was die Franzosen unter „gewissen Kriegsinstrumenten“ und unter „anderen notwendig erscheinenden Maßnahmen“ verstehen wollen, ist noch nicht festzustellen, auch wenn die deutsche Regierung sich verpflichtet hat, die Grenzen der unerhörten Friedensbedingungen hin aus zu bedeuten. Auf alle Fälle bedeutet der französische Kammerantrag den Versuch, eine Forderung Frankreichs zum Bruch des Friedensvertrages an seine Verbündeten zu richten, eine drastische Antwort übrigens für diejenigen in Deutschland, welche die öffentliche Meinung bei uns davon überzeugen wollen, daß wir den Franzosen nur „moralische Garantien“, durch frohlich beifälligen Lieberaution in Brüssel an Reich und sonstiges fruchtbares Verhalten, geben brauchten, um ihnen alles zu gewährleisten, was sie nur wünschten. Frankreichs Politik bleibt nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages ebenso wie vorher auf die Vernichtung des Deutschen Reiches und die Zerstückung des deutschen Volkes gerichtet und wird sich jeder Gelegenheit und jedes Mittels dazu bedienen, sei es jetzt, oder nach einem Jahre oder nach fünf oder nach hundert Jahren. Für Frankreich bedeutet dies Friedensvertrag die Fortsetzung mit anderen Mitteln des Krieges der Eroberung und der Vernichtung, den die französische Lieferlieferung und hagerfüllter Eroberungsdrang den Franzosen seit vielen Jahrhunderten als selbstverständlich vorfindet.

Die Deutschnationale Volkspartei der preussischen Landesparlamentarier beantragt die Einleitung der Verhandlungen über die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch den die Unterzeichnung eines Teiles der Militärdienstleistungen auf das Bewußtsein der Beamten bei den Kommunalverwaltungen vom 1. April d. J. in gleicher Weise, wie es für die Reichs- und Staatsbeamten bereits geschehen ist, geregelt wird.

Die Deutschnationale Volkspartei der preussischen Landesparlamentarier beantragt die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch den die Unterzeichnung eines Teiles der Militärdienstleistungen auf das Bewußtsein der Beamten bei den Kommunalverwaltungen vom 1. April d. J. in gleicher Weise, wie es für die Reichs- und Staatsbeamten bereits geschehen ist, geregelt wird.

Deutschnationale Volkspartei der preussischen Landesparlamentarier beantragt die Unterzeichnung des Friedensvertrages durch den die Unterzeichnung eines Teiles der Militärdienstleistungen auf das Bewußtsein der Beamten bei den Kommunalverwaltungen vom 1. April d. J. in gleicher Weise, wie es für die Reichs- und Staatsbeamten bereits geschehen ist, geregelt wird.